

Mitteilung

der Landesregierung

Bericht der Landesregierung zu einem Beschluß des Landtags; hier: Wärmeverbund in Freiburg

Landtagsbeschluß

Der Landtag hat am 19. September 1991 folgenden Beschluß gefaßt (Drucksache 10/5810 lfd. Nr. 7):

Die Landesregierung zu ersuchen,

die Schaffung eines Wärmeverbundes in der Stadt Freiburg (Verbundnetz auf der Basis der Kraft-Wärme-Kopplung) durch die Einbeziehung landeseigener Heizwerke sowie planerischer und administrativer Maßnahmen zu unterstützen.

Bericht

Mit Schreiben vom 7. April 1992 Az.: III-4552.11/1 berichtet das Staatsministerium wie folgt:

Die Voruntersuchungen über die Möglichkeiten eines Wärmeverbunds in Freiburg sollen noch im ersten Halbjahr 1992 abgeschlossen werden. Derzeit sind die an einem solchen Verbund Interessierten dabei, eine erste Ausarbeitung über die grundsätzliche Machbarkeit und die Kosten eines Wärmeverbunds zu bewerten. An diesen Untersuchungen ist das Land als Wärmeerzeuger und -bezieher beteiligt. Danach soll in die konzeptionelle Phase eingetreten werden.

Das Wirtschaftsministerium hat in Gesprächen mit der Rhone Poulenc Rhodia AG, den Freiburger Elektrizitäts- und Wasserwerken (FEW), der Stadt Freiburg – Oberbürgermeister Dr. Böhme und Bürgermeister Dr. Heller – sowie der Badenwerk AG das Interesse des Landes an einer energiewirtschaftlich sinnvollen, kostengünstigen und umweltverträglichen Verbundlösung deutlich gemacht und seine Vermittlungsdienste angeboten.

Die Landesregierung wird das Vorhaben weiter mit Nachdruck unterstützen.